

Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 1/4 sgr.

Expedition:
Krantzmarkt No. 1052.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 235. Dienstag, den 9. Oktober 1849.

Berlin, 8. Oktober.

Se. Majestät der König, haben Allernädigst geruht: An die Stelle des früheren Gesandten, jetzigen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn von Schleinitz, den bisherigen Unter-Staats-Sekretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Bülow, zu Allerhöchsthohem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich hannoverschen, am Großherzoglich oldenburgischen, am Herzoglich braunschweigischen und am Fürstlich schauenburg-lippeschen Hofe zu ernennen.

Deutschland.

Stettin. Preußen hat jetzt in der deutschen Frage lange genug die Entschlieungen der übrigen Staaten abgewartet; es wird Zeit, daß es mit Entschiedenheit endlich aus dem Werk gehe und zu diesem Zwecke zunächst den Reichstag berufe. Die Anfrage des Herrn v. Bederath war demnach ganz an der Zeit, und wenn auch der Minister des Auswärtigen augenblicklich noch keine abschließende Antwort ertheilen konnte, so sind seine Aeußerungen von der Art, daß wir ziemlich deutlich sehen können, was die Regierung in der höchst wichtigen Angelegenheit des Bundesstaates zu thun gedenkt. Preußen will ungehindert seinen eigenen Weg gehen, es hat lange genug vom Gängelbunde österreichischer Politik sich leiten lassen, nur der große Kurfürst, nur Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1812 haben die ersten freien Schritte gethan und haben diese nicht zu bereuen gehabt, während die österreichische Politik, so oft sie in unsern Staat sich mischte, uns die Heil und Segen gebracht hat. Möge denn nun der letzte Schritt geschehen, diesen Hemmschuh der Selbstständigkeit und Größe Preußens für immer abzuschütteln. Von der Mitwirkung Oesterreichs für die Kräftigung Deutschlands ist leider nichts zu erwarten, nicht mehr, als wenn Rußland oder Frankreich zu Ordnern der deutschen Angelegenheiten bestellt würden. Wir müssen daher Herrn Bederath unsern Beifall zollen, wenn er vor dem Angesichte Europas das schmachliche Benehmen Oesterreichs im Kriege mit Dänemark aufdeckt: „Oesterreich konnte und wollte nichts thun für Deutschland, weil es die Selbstständigkeit der italienischen und magyarischen Völker vernichten mußte, um seine Selbstständigkeit zu erhalten.“ Auch darin stimmen wir Bederath bei, daß die Revision unsrer Verfassung das Erste, die Begründung des engeren Bundesstaates das Zweite, die des weitem Bundes mit Oesterreich und dessen Anhang das Letzte sein muß. Das Erste ist dem Abschlusse nahe, das Andere wird im deutschen Verwaltungsrath vorbereitet, so dürfen wir das Dritte mit Ruhe erwarten. Auch darin müssen wir dem weiter blickenden Staatsmann Recht geben, daß eine neue provisorische Centralgewalt ein Hemmnis des Bundesstaates sei, daß Preußen zur Aufstellung einer solchen sich nicht herbeilassen könne und daß der Reichstag angesäumt berufen werden müsse. Wir sind der Meinung, je länger sich diese Angelegenheit hinzieht, desto mehr Schwierigkeiten werden sich einstellen, desto mehr Einzelstaaten könnten, von Oesterreichs Vorspiegelungen wankend gemacht, das Geläst nehmen, die gute Sache zu verlassen. Diese gute Sache ist keineswegs, wie die Feinde schreien, nur die Preußens, vom Eigennutze diktiert. Preußen will zur Verwirklichung dessen, was die westlichen und südlichen Deutschgesinnten so laut erheben und weshalb sie Preußen oft den Vorwurf der Gleichgültigkeit gegen Deutschlands Heil und Einheit gemacht haben, die Hand bieten. Wahr ist es, es stellt sich an die Spitze, weil Niemand sonst dieses Werk auszuführen im Stande ist. Baiern, Oesterreich würde ohne Zweifel den deutschen Bundesstaat nicht zu Stande bringen. Preußen kann hierbei weniger darauf sehen, ob es ihm einstmals von den Staaten, zu deren Chorführer es sich macht, gedankt werde, als es selbst zur Erhaltung und Stärkung seines Staates diese Maßregel als eine Nothwendigkeit erkennt. Die nächsten Tage werden uns ein hoffentlich befriedigendes Ergebnis bringen, wir sehen daher den Eröffnungen des Ministers des Auswärtigen mit Spannung entgegen.

Was die türkische Frage betrifft, so schien ein Zusammenstoß mit Rußland und Oesterreich nahe zu sein, während England und Frankreich bereit waren, böse Miene zu machen. Indessen scheint die Erklärung der Pforte, daß sie die ungarischen Generale aus ihrem Gebiete entläßt, ohne sie Preis zu geben und es diesen freisteht, sich so gut als sie können, zu retten, ernstlichen Mißbilligungen vorzubeugen, auch mag vielleicht die dem Gesandten Gnab Effenbart gegebene Instruktion noch mehr zur Befänstigung des Zaarenprins beitragen.

Ein zwischen den vereinigten Staaten und Frankreich entstandenes Zerwürfniß scheint sehr erster Natur zu sein; doch mag der Gesandte Preußen vielleicht seine Befugnisse überschritten haben; es wird auch hier wohl das Mittel anschlagen, den Gesandten abzurufen und einen andern zu schicken, der mildere Saiten aufzuziehen versteht. Europa hat in sich

nach soviel Zündstoff, daß es Wunder nehmen müßte, wenn man jenseits des Oceans neue Verwickelungen antäupfte und verfolgte.

Berlin, 6. Oktober. (Zweihundfünfzigste Sitzung der Ersten Kammer.)

Fortsetzung der Debatte über den Verfassungs-Entwurf.

Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Zu diesem Art. hatte die Abtheilung III. den Zusatz vorgeschlagen: „Aber den Mißbrauch dieser Freiheit bestimmt das Unterrichts-Gesetz. Die Abtheilung hatte dessen Streichung beantragt, welchem letztern Antrage der Central-Ausschuß Folge gab, indem die Freiheit der Wissenschaft als solche sich von selbst versteht, und auch der Inhalt des Artikels bereits durch Artikel 24, welcher die Freiheit des Wortes, der Schrift und Presse feststellt.

Abg. v. Vincke spricht sich für die Beibehaltung des Artikels aus, jedoch mit dem Zusätze: „die Bestimmungen gegen den Mißbrauch dieser Freiheit regelt das Unterrichtsgesetz,“ in wieweit er auch einen dahin treffenden Antrag stellt, der auch Unterstützung findet.

Bei der Abstimmung wird zuerst der Verbesserungs-Antrag des Abg. v. Vincke, darauf aber der Art. 17 selber gegenüber dem Kommissions-Antrage angenommen.

Art. 18. Nach der Verfassung: Der preussischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet. Eltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichtsgesetz aufstellen wird.

Nach der Commission: Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.

Der erste Satz des Artikels erlitt zunächst einen Antrag auf Streichung, da es nicht pafflich erscheine, der Jugend etwas zu gewährleisten, und überdies der Satz wohl in das Unterrichtsgesetz, nicht aber in die Verfassung passe. Der Central-Ausschuß war zwar für Beibehaltung, zog aber vor, den Satz in Einklang zu bringen mit §. 153 der Deutschen Verfassung. Derselben Ansicht war der Ausschuß bei dem zweiten Satz, und um so mehr für Streichung des Schlusses, da es sich von selbst versteht, daß die Eltern und Vormünder den Gesetzen gehorchen müssen.

Es werden hier alle bis zum Art. 23 gestellten Amendements der Abg. von Bethmann-Hollweg, Brüggemann, Hansemann, Delius, Seegert, von Vincke zur Unterstützung gebracht, die sie auch finden.

Der Präsident schlägt vor, eine allgemeine Debatte von diesem Artikel an, bis Art. 23 als verwandte Materien eröffnen zu wollen, dem aber die Abg. v. Baumstark und Bethmann-Hollweg widersprechen, und die allgemeine Berathung wird erst beginnen bei Art. 21.

Der Abg. Brüggemann erklärt sich einverstanden mit dem Art. 18, nach der Fassung des Central-Ausschusses, kann aber nicht billigen, daß Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen werden, die dem zu erwartenden Unterrichtsgesetz vorgeifen.

Nach geschlossener Discussion wird der erste und zweite Satz nach der Fassung des Ausschusses angenommen; der Zusatz im Texte der Verfassungs-Urkunde wird verworfen.

Art. 19. Nach der Verfassungs-Urkunde. — Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt nur der im Art. 18 vorbehaltenen Beschränkung.

Die I. und II. Abtheilungen haben hierzu vorgeschlagen, statt dieses Artikels Art. 152 der deutschen Verfassung zu setzen, was aber mit 9 gegen 5 Stimmen im Ausschusse abgelehnt wurde. Den häuslichen Unterricht jedoch hat der Ausschuß durch einen Zusatz sichern zu müssen geglaubt.

Der Minister v. Ladenberg erklärt sich gegen den Central-Ausschuß beliebten Zusatz, weil er in einem Theile unnötig, weil man dadurch nur wiederholen würde, was bereits gesagt ist, in einem andern Theile aber bedenklich sei. Es könne nicht Sache des Staats sein, inquisitorisch die Befähigung eines im Hause Lehrenden zu prüfen, und bei technischen Unterrichtsgegenständen sei dies auch völlig unmöglich, da die sittliche Befähigung, auf welche hoher Werth zu legen sei, sich nicht bemessen lasse. Es muß aber Sache der Regierung sein, Niemandem das Gewerbe eines Lehrenden (also auch im Hause) zu gestatten, dessen Befähigung nach jetzlicher Richtung hin sie nicht bemessen hat.

Bei der Abstimmung wird der erste Satz nach Fassung des Ausschusses einstimmig angenommen, der Zusatz des Ausschusses aber abgelehnt.

Art. 20. Nach der Verfassungs-Urkunde: Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener.

Nach dem Kommissions-Antrage: Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden.

Zu diesem Artikel hat jede Abtheilung wenigstens eine Aenderung beantragt. Die 1ste: Streichung des letzten Satzes. Der Ausschuss hat sich jedoch weder mit dem Prinzip einer bloßen Oberaufsicht des Staates einverstanden erklärt, noch die ändern, für den ersten Satz vorgeschlagenen Fassungen für besser, als die der Urkunde gehalten. Der letzte Satz dagegen ist von 10 gegen 4 Stimmen gestrichen worden.

Der Abg. Saegert spricht für den zweiten Satz des Texts in der Urkunde und für sein in Bezug darauf gestelltes Amendement; er hebt die Wichtigkeit des Lehrerstandes damit hervor, daß er statistische Nachrichten giebt, nach welchen von 33,885 Lehrern 29,631 der Elementarschule angehören und gesetzt sind für 2,328,346 Schüler. Der Redner trägt darauf an, „daß den Lehrern dem Staate gegenüber eine ihrer Wirksamkeit entsprechende Stellung gegeben werde.“

v. Bethmann-Hollweg spricht für sein gestelltes Zusatz-Amendement: „Bei Volksschulen, welche eine der beiden christlichen Hauptkonfessionen, oder beiden gemeinsam bestimmt sind, nehmen Vertreter der betreffenden Kirchen an dieser Aufsicht Theil.“

Abg. v. Ammon spricht für das Amendement des Abg. Delius: „Bei Volksschulen, die einer Religionsgesellschaft bestimmt sind, nehmen Vertreter derselben an der örtlichen Schulbehörde Theil.“

Abg. Brüggemann spricht für sein Amendement: „Alle öffentlichen und Privat-Unterricht- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht eigener vom Staate ernannter Behörden.“

Nach geschlossener Diskussion wird bei der Abstimmung 1) das Amendement Brüggemann angenommen; 2) Verbesserungsantrag des Abg. Saegert: „Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Beamten,“ wird von einer großen Majorität abgelehnt; 3) der zweite Satz im Text der Verfassungsurkunde wird verworfen; 4) und 5) die Amendements der Abg. v. Bethmann-Hollweg und Delius werden abgelehnt.

Art. 21. Nach der Verfassungs-Urkunde. — Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu. — Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religions-Gesellschaften.

Nach dem Kommissions-Antrage. — Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Theilnehmung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an. — Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religions-Gesellschaften.

Art. 22. Nach der Verfassungs-Urkunde. — Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. — In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Nach dem Kommissions-Antrage. — Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, und im Falle des Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. — Den Kindern unbemittelter Eltern wird in der öffentlichen Volksschule der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Art. 23. Nach der Verfassungs-Urkunde. — Ein besonderes Gesetz regelt das gesamte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt.

Nach dem Kommissions-Antrage. — Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein den Lokal-Verhältnissen angemessenes Einkommen.

Einem früheren Beschlusse gemäß kommen diese 3 Artikel zu gemeinsamer Beratung mit Einschluß des vom Central-Ausschuss aufgestellten Art. 24.

Art. 24. „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.“ Die allgemeine Diskussion wird eröffnet.

Der Abg. Brüggemann hält dafür, daß nach den Äußerungen des Herrn Ministers des Unterrichts die Verabreichung über die Art. 21 und 22 bis zum Erscheinen des Unterrichtsgesetzes auszuweisen sei, daß er jedoch für den Fall der Verabreichung seine (folgende) Amendements eingebracht habe.

„Die Kammer wolle anstatt der Art. 21 und 22 folgende Artikel aufnehmen: Art. 21. Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschule sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den Religions-Unterricht und die religiös-kirchliche Erziehung der Jugend in der öffentlichen Volksschule leiten die betreffenden Religions-Gesellschaften, welchen daher auch eine Mitaufsicht über diese Schulen zusteht. Art. 22. Die Lehrer an den öffentlichen Volksschulen werden unter gesetzlich geordneter Theilnehmung der Gemeinden und unter Mitwirkung der betreffenden Religions-Gesellschaften aus der Zahl der Befähigten angestellt.“

Der Abg. Nisch erklärt sich gleichfalls für die vorläufige Streichung dieser Artikel bei Erwartung des verheißenen Unterrichtsgesetzes.

Der Abg. Baumstark. Wenn wir diese Artikel aus der Verfassung streichen, so werden wir künftig für das Unterrichtswesen jeder verfassungsmäßigen Bestimmung baar sein. Indem wir feststellen, daß die Schule zu versorgen Sache der Gemeinde ist, sichern wir die Stellung der Schule wesentlich. Wir haben hier von der Demuth der Volksschullehrer sprechen hören: meine Herren, die Demuth entspringt aus einer Lage, die wir zu heben vermögen, und wenn wir diese heben, dann wird dem Lehrer demnach die Bescheidenheit nicht fehlen. (Fortsetzung folgt.)

— Die Const. Ztg. enthält Folgendes:

„Wir erhalten heute Abend, wiederum durch außerordentliche Gelegenheit, den New-York Herald, welcher Details über das Zerwürfniß des französischen Gesandten mit der Regierung der Vereinigten Staaten enthält. Herr Poussin hatte bei der Entschädigungs-Forderung für

französische Bürger von dem Bombardement von Vera-Cruz her in einer Note eine für Amerika beleidigende Parallele zwischen der ehrenhaften Befriedigung amerikanischer Ansprüche und dem jetzigen Benehmen der Regierung der Vereinigten Staaten gezogen. Das amerikanische Kabinet, dadurch beleidigt, verlangte durch seinen Gesandten in Paris die Abberufung des Hrn. Poussin, widrigenfalls die amerikanische Regierung die Pässe für ihn in Bereitschaft halte. Der Präsident der franz. Republik, nun seinerseits beleidigt, antwortete verneinend und erklärte sich mit dem Betragen seines Gesandten einverstanden. Ja, es scheint, er habe zugleich erklärt (was sich übrigens von selbst versteht), es würden in diesem Falle auch dem amerikanischen Gesandten in Paris, Hr. Rives, die Pässe zugefertigt werden. Das amerikanische Blatt, welches die gestern von uns widergegebene Darstellung des „New-Yorker Handelsblattes“ und die telegraphische Depesche, auf welcher dieselbe beruht, wunderbarer Weise für ein „Gewebe von Irrthümern“ erklärt, giebt selbst zu, daß die Sache so weit gediehen ist, daß die Regierung zu Washington nicht mehr zurück könne, Hr. Poussin seine Pässe erhalten habe und nach Frankreich zurückkehren werde. Beide Angaben laufen also im Wesentlichen auf dasselbe hinaus. Das Eigenthum französischer Bürger in Vera-Cruz, welches durch das Bombardement zu Grunde ging, wird nach der einen (wahrscheinlich amerikanischen) Schätzung auf 860,000, nach der andern (wahrscheinlich französischen) auf 2,150,000 Dollars angeschlagen.“

Magdeburg, 4. Oktbr. Das größtentheils aus Magdeburgern bestehende Bürgerlandwehrbataillon ist aus Baden heimgekehrt und bis auf 200 Mann, die der Bestimmung gemäß in Burg als Stamm-Compagnien in Garnison bleiben, entlassen. Dagegen hat das 1. Landwehr-Regiment, dessen Mannschaften in dem östlichen Theile der Monarchie (hinter Königsberg in Pr.) zu Hause gehören, Befehl erhalten, seinen Rückmarsch zu sistiren, und Quartiere in der Altmark bezogen, um als Reserve der preussischen Truppen in Schleswig-Holstein, wo die Verhältnisse immer verwickelter werden, zu dienen. (Köln. Ztg.)

Aus Schlesien, 4. Oktober. In einem Dorfe des Kreises Reichenbach existirt eine Clique, welche sich durch schlechte Gesinnungs- und Handlungs-Art auf mannigfache Weise auszeichnet. Jüngst ist diese laubere Gesellschaft nun auch in einem Wirthshause versammelt gewesen und hat allerhand Thorheiten begangen, namentlich sich die Zeit mit Spötereien über Religion vertrieben. Zuletzt ist man auf den Einfall gekommen, das heilige Sacrament perffissiren zu wollen, und hat zu diesem Behufe eine Wurst genommen, um die Hostien daraus zu formen, die alsdann in ein großes Glas mit Brantwein gethan wurden, welches Einer aus der Gesellschaft ergriff, um, den Geistlichen vorstellend, den Lebrigen eine Rede zu halten, die zum Spott auf den Knien liegend bereits erwarteten, was sie würden zu hören bekommen. Als nun der Spötter seine Rede beginnen will, fängt er plötzlich an, die schauerhaftesten Grimassen zu schneiden, was die Zuschauer im Anfang für Absicht halten, dann aber sinkt er mit einem Male, vom Schlage getroffen, zusammen und muß bewußtlos fortgetragen werden. Er wurde nach Hause gebracht, ist aber nicht wieder zu sich gekommen, sondern hat nach mehreren Tagen den Geist aufgegeben. Der Lasterer war Schnittwaaren-Händler. (N. P. Z.)

Schwerin, 6. Oktober. Das offizielle Wochenblatt veröffentlicht in seiner heutigen Nummer den zwischen den Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai d. J. abgeschlossenen Vertrag.

München, 3. Oktober. Der Kommandirende in der Pfalz, Fürst von Thurn und Taxis, und der außerordentliche Gesandte am badischen Hof, Freiherr von Berger, sind, auf Befehl Sr. Majestät des Königs, von den königlichen Staats-Ministerien des Aeußern und der Justiz beauftragt worden, ungesäumt die Auslieferung aller bayerischen Staats-Angehörigen, welche sich beim badisch-pfälzischen Aufstande betheiligten und gegenwärtig dort in der Gefangenschaft sind, zu verlangen; ferner sollen die badischen Behörden sogleich ersucht werden, speziell anzugeben, welcher Verbrechen sich die Gefangenen schuldig gemacht haben, um die betreffenden bayerischen Gerichte, denen sie zur Aburtheilung zugewiesen werden, hierüber instruiren zu können. Ueber diejenigen, die allenfalls schon standrechtlich zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurtheilt sein sollten, hat sich der König das Recht der Amnestirung vorbehalten. (A. Z.)

Stuttgart, 3. Oktober. Die „Württemb. Ztg.“ schreibt: Die in voriger Woche nach Berlin abgegangene Note bezeichnet, wie wir hören, den Nichtbeitritt Oesterreichs und Baierns zum Drei-Königs-Bunde als den Hauptgrund, der Württembergs Anschluß unmöglich mache. Zugleich bemerkt sie, daß der Verfassungs-Entwurf der drei Königreiche Bestimmungen enthalte, welchen Württemberg, wenn sie nicht beseitigt würden, nicht zustimmen könnte, wie zum Beispiel den Entwurf des Gesetzes über die Wahlen zum Volkshaufe, die in Aussicht gestellte Wiederherstellung der Adels-Vorrechte, die Verhältnisse des Fürstlichen-Collegiums u. Würden diese Bestimmungen angemessen abgeändert werden, Baiern und Oesterreich sich anschließen, so würde, wie sich von selbst versteht, auch Württembergs Anschluß keinem weiteren Anstand unterliegen.

Karlsruhe, 3. Oktober. Die badische Presse bietet gegenwärtig kein erfreuliches Bild dar. Man ist zwar allgemein herzlich froh darüber, daß die zahlreichen revolutionären Schandblätter zu Grabe getragen sind; allein das Bedürfnis eines unabhängigen, in edlem Geiste geschriebenen Blattes tritt täglich stärker hervor, da die vorhandenen gerade der nächsten Aufgabe, der Verbesserung der badischen Zustände, nicht die gehörige Aufmerksamkeit schenken. Auch sind wegen des Mangels an getreuen Berichten aus den verschiedenen Landes-Gegebenen die Anarchisten in die Lage versetzt, die nachtheiligsten und lügenhaftesten Gerüchte über die Stimmung und über manche Vorfälle zu verbreiten; bei der leichtgläubigen Masse finden sie damit immer noch ein bereitwilliges Ohr. Meiner Meinung nach sollten die weltlichen und geistlichen Staatsdiener darauf aufmerksam gemacht werden, sich an der Presse in einer anderen Weise zu betheiligen, als sie es bisher thaten, wo sie die gehaltenen und nicht gehaltenen Toaste bei hohen Geburtstagen der hiesigen Zeitung einsandten. Die Absicht der Regierung muß dahin gehen, durch Verbreitung gesunder Urtheile auf die öffentliche Meinung einzuwirken; vermochte der berüchtigte Lehrer Stay mit seinem lügnerschen „Volkshüter“ in kurzer Zeit so viel, warum sollte

nicht durch die vielen Kräfte, die der Regierung zu Gebote stehen, ein ähnlicher Erfolg, nur in einer andern Richtung, erzielt werden? (Köln. 3.)

Wiesbaden, 4. Oktober. Der Herzog hat dem Hauptmann der Artillerie, Möller, welcher sich bei Ebernforde als Commandant unserer Batterie so ausgezeichnet hatte, einen Ehrensäbel verliehen. (Fr. J.)

Regensburg, 4. Oktober. Prinz Wilhelm, Oheim des Königs von Preußen und Gouverneur der hiesigen Reichs-Festung seit 1844, ist heute hier eingetroffen und im großherzoglichen Palaste abgekehrt. (D. P. A. 3g.)

Frankfurt a. M., 5. Oktober. Die in der Berliner Kammer erfolgte Interpellation des Herrn v. Ammon über die deutsche Flotte und die Beantwortung derselben durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten veranlaßt eine sichtlich mehr als halbsoffizielle Feder zu einigen Bemerkungen. In denselben heißt es: „Es hieße die Würde und Interessen Deutschlands schlecht wahren, wollte man die Flagge solchen Gefahren aussetzen. Darum konnte auch Behufs Ueberwinterung der Flotte nicht an die Häfen solcher Länder gedacht werden, deren Regierungen, wie z. B. die Königl. englische oder Königl. preussische, die Central-Gewalt nicht anerkennen. So viel wir hören, scheint das Reichs-Ministerium wegen Ueberwinterung der Flotte an einen belgischen Hafen zu denken.“ (!) (Fr. D. P. A. 3.)

Oesterreich.

Wien, 2. Oktober. Wahrscheinlich giebt es Politiker, die mit ernster Miene die Zernürnisse in Konstantinopel studiren und den Kopf bedenklich schütteln. Uns ist dagegen ein Sachverhalt näher als ein Sorgenfaden, wenn man die österreichische Marine nach Konstantinopel beordert. Das Verfahren des Fürsten Schwarzenberg in allen politischen Angelegenheiten gründet sich freilich auf die rohe Gewalt: Macht ist Recht, und Macht ist Weisheit, und wenn man die Macht nicht hat, braucht man doch die Attitüde, als sei sie im Anrücken. Sollte Oesterreich es sich beifallen lassen, gegen die Türkei Ernst zu machen, so wird seine Marine bald in demselben Hafen Schutz suchen müssen, den sie so eben erst blokirte. Palmerston würde die Gelegenheit ergreifen, um dem Fürsten Schwarzenberg die Grenze zu zeigen, worüber hinaus die Kanonen-Politik nicht schreiten kann. Nur im Bunde mit Rußland kann das österreichische Cabinet eine solche Sprache führen — aber Rußland wird die Welt nicht wegen Auslieferung einiger Flüchtlinge in Brand stecken. Man braucht aber nicht so weit zu denken. Die inneren Angelegenheiten Oesterreichs sind der Art, daß nur ein Würfelsteher den äußeren Zwist herbeiführen kann. Jeder Mann, den die österreichische Regierung einem Feinde entgegenführt, würde ihre Kraft im Innern schwächen. Niemand ist besser unterrichtet darüber, als die österreichische Regierung, daß es im Vulkan fortwährend glüht und rollt. Die Provinzen und Nationalitäten sind nicht befriedigt, und die Forderung des Volkes eben so wenig. Einer ruhigen Entwirkung der Verhältnisse wäre aber ein Krieg nicht förderlich, der ohnehin Oesterreich nur immer mehr zum Vasallen Rußlands machen würde. (Köln. 3.)

Preßburg, 4. Oktober. In den hiesigen Kreisen herrscht die frohe Stimmung über den so erwünschten Ausgang in Komorn. Viele Gutsbesitzer aus der dortigen Umgebung lebten zeither in der größten Verlorenheit wegen ihrer Habe. In vielen Dörfern in der Schütt sind bereits 1200 Wagen requirirt, um theils die Kranken und Marodeurs aus den Komornern Spitälern, theils auch die dort massenhaft aufgespeicherten Körnerfrüchte u. dgl. wegzuschaffen, und alles anderswo passend unterzubringen. Dieses und auch die Wiedereröffnung der Kommunikation mit dem Banat, der Vacscha und Unter-Ungarn überhaupt, hat wohlthätig auf unseren Körnermärkten eingewirkt, indem die Preise aller Fruchtgattungen um 45—50 kr. pr. Meye gestiegen sind.

Preßburg, 4. Oktober. Heute Morgen gegen 10 Uhr kam hier der lang angesagte Feldmarschall Graf Radetzky ganz infognito an. Er verbat sich sogleich alle Aufwartungen, schaffte den aufgestellten Ehrenposten von seinem Absteigequartier auf dem Franziskanerplatze ab, und wünscht in dem engsten Kreise seiner nächsten Anverwandten und Freunde einige Tage in Ruhe zuzubringen. Auf drei Tage, sagt man, soll sich der Aufenthalt des Feldmarschalls hier beschränken. (Waid.)

Wien, 3. Oktober. Die Ofner Weinlese ist so schlecht ausgefallen, wie man sich dessen seit langen Jahren nicht erinnert. Obnehin war keine reiche Kelterung zu erwarten, aber selbst das Vorhandene wurde in der letzten Zeit durch den Hagel stark mitgenommen. Viele Weinbauer haben kaum den zehnten Theil ihres sonstigen Ertrages eingeerntet. Auch aus Serard, einer vorzüglichen Weingegend Ungarns, vernimmt man lauter unzufriedene Stimmen, und sind die Weine daselbst noch theurer, als auf dem hiesigen Plage. Mit dem Eintritte des Winters wird es, nach Versicherungen der Wirthe, keinen Zwölfer und Sechzehner in Ungarn geben, geringstens Bierundzwanziger.

Wien, 5. Oktober. Die Zeichnungen für das neue Anleihen übersteigen bereits die Summe von 65 Millionen Gulden. Die Häuser Rothschild und Sina subscribiren zusammen auf elf Millionen, Arnstein und Eskeles vier Millionen Gulden, Steinmeß und Comp. zwei Mill. Gulden, Hermann von Wertheimsteins Söhne 1,100,000 fl., Todeskos Söhne eine Million Gulden, M. Königswarter 800,000 fl., S. Murnann 800,000 fl., Weisersheim und Comp. 775,000 fl., M. L. Viedermann und Comp. 750,000 fl., Phil. Wertheimer 525,000 fl., Lazar Herzfelders Enkel 500,000 fl., Henckstein 500,000 fl., Wodianer 400,000 fl.

Prag, 3. Oktober. Die Brochüren-Literatur ist bei uns um eine interessante und nützliche Schrift reicher geworden. Es ist dies eine bündige und zeitgemäße Abhandlung über die Theilung des Eigenthums in Ober- und Aus-Eigenthum, als das kräftigste Heilmittel gegen Communismus und Proletariat, fließend aus der Feder des Gerichts-Advokaten Justiziar räumen der Schrift einen Platz unter den besseren Dissertationen dieser Zeit ein, und geben ihr auch einen praktischen Werth, welcher bei den gegenwärtigen allgemeinen Reformen der agrarischen und rechtlichen Zustände Beachtung und die vollste Anerkennung verdient. Der Verfasser schlägt zur Sicherung und Verbesserung aller in Zukunft abzuschließenden Erb- oder Erbpachtsverträge eine Contrakts-Clausel vor, daß der Miteigenthümer jederzeit nach vorausgeschickter halbjähriger Kündigung den Zins so

ablösen könne, daß er die standhaften Geldzinsungen zum Capital geschlagen und die Natural-Leistungen von einem Schiedsgerichte nach dem während der letzten zehn Jahre bestandenen Durchschnittswerte als Capital-Zinsen berechnet, in der erforderlichen Capitals-Summe an den Ober-Eigenthümer auch ohne sein Einverständnis zu bezahlen und einzulösen berechtigt sei.

Dadurch würden diese wiederkehrenden Verbindlichkeiten für immer aufhören, und das Obereigenthum mit dem Ausseigenthum zu Gunsten des Nuseigenthümers vereinigt. (Al.)

Wien, 2. Oktober. Vorgestern ward der Brückenkopf von Komorn von den kaiserlichen Truppen besetzt. Abends rückten 2 Bataillone Infanterie in die Stadt Komorn ein. Gestern Vormittags erfolgte die Auszahlung des Soldes an die magyarischen Truppen und Nachmittags wollte sich, wie es heißt, der K. M. von Haynau selbst nach Komorn verfügen. — Die ausgezogenen Truppen aus Komorn sind mehr als 25,000 Mann stark und mit Ausnahme der Führer ganz gleichgültig über den Fall von Komorn. Die regulären Truppen eilen ihren früheren Regimentern zu. (Nst. P.)

Wien, 4. Oktober. Die Preßburger Zeitung theilt folgendes Allen-säc mit: Unterwerfung der Festung Komorn unter folgenden Bedingungen: 1) Freier Abzug der Garnison ohne Waffen, die Säbel der Offiziere bleiben ihr Eigenthum. Denjenigen Offizieren, die früher in der K. K. Armee gedient haben, werden Pässe in das Ausland verabsolgt, denjenigen, denen solche nicht entsprechen, wird die freie Entlassung in ihre Heimath gestattet — mit Ausnahme jener, die sich freiwillig stellen. Den Honved-Offizieren, d. h. denjenigen die früher nicht gedient haben, wird der freie Aufenthalt in ihrer Heimath ohne Reservation ihrer künftigen Verwendung gestattet. Die Mannschaft der K. K. Regimenter wird amnestirt, und sie, wie jene Individuen, welche inzwischen zu Offizieren befördert wurden, ebenfalls freigelassen und findet für alle hier Theilhabenden keine weitere gerichtliche Verfolgung statt. 2) Pässe in das Ausland werden allen jenen ertheilt, welche solche innerhalb 30 Tagen ausprechen. 3) Eine monatliche Gage für die Offiziere und eine 10tägige Vohnung für die Mannschaft der Garnison wird in österr. National-Banknoten nach dem österreichischen K. K. Kriegsgebrauch erfolgen. 4) Zur Ausgleichung der verschiedenen von der Garnison durch Kriegeskassenanweisungen eingegangenen Verpflichtungen wird die Summe von 500,000, fünfshunderttausend Gulden in C.-M. österreichischer Banknoten ausbezahlt. 5) Versorgung der in Komorn befindlichen Verwundeten, in den Spitälern kranker Krieger. 6) Mobiles und immobiles Vermögen wird im Allgemeinen beibehalten. 7) Ort, Zeit und Weise der Waffenablieferung wird nachträglich bestimmt. 8) Alle Feindseligkeiten werden beiderseits sogleich eingestellt. 9) Die Festung wird nach Kriegsgebrauch und nach erfolgter beiderseitiger Ratifikation übergeben. Sig. Pukla-Hafaly, 27. Sept. 1849.

Frankreich.

Paris, 4. Oktober. Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 4. Oktober. Die Sitzung wird um 1½ Uhr eröffnet. An der Tagesordnung ist die Verathung des Gesetzes-Vorschlags über die Beendigung des Louvre: „Die Grundstücke, die in dem Perimeter zwischen dem Louvre und den Tuilerieen liegen, werden abgebrochen. Die Privatgrundstücke, in demselben Perimeter gelegen, werden auf Staatsrechnung angekauft, um ebenfalls abgebrochen zu werden. Die Rivoli-Strasse wird von der Rohanstrasse bis an die Bibliothek-Strasse verlängert. Die Privatbesitzungen, die auf dem Plage, der zur Verlängerung der Rivoli-Strasse nöthig ist, liegen, werden von der Stadt Paris angekauft.“ Herr Raudot bekämpft die von der Kommission eingeführten Veränderungen. „Die Regierung“, sagt er, „wollte in den Tuilerieen die National-Bibliothek und die Gemälde- und Industrie-Ausstellung vereinen. In diesem Projekte müßte die Rivoli-Strasse bis an den Platz des Oratoriums verlängert werden. Die Kommission hat diesen Plan verworfen. Die Veränderungen, welche die Zerstörung von Privatgrundstücken erfordern, würden dem Staat und der Stadt theuer zu stehen kommen.“ Das ganze Gesetz, aus 11 Artikeln bestehend, wird mit 310 gegen 234 Stimmen angenommen.

Bedeutendes Aufsehen erregt die Antwort des neapolitanischen Ministers auf eine Note des englischen Gesandten William Temple, worin die englische Regierung von der neapolitanischen, auf die Constitution von 1812 gestützt, die Erfüllung der Königl. Versprechen für Sizilien fordert. Selten ist wohl ein diplomatisches Document in so harten Ausdrücken abgefaßt worden. Dem englischen Ministerium wird rund heraus erklärt, daß seine angeblichen Dienste ohne Werth wären, und daß es sich überhaupt nicht in die sizilianischen Angelegenheiten zu mischen habe. In den diplomatischen Kreisen glaubt man, daß Lord Palmerston diese kurzgefaßte Abweisung nicht so hinnehmen werde.

Herr Cabot, der Communisten-Führer, ist abermals zur Wiederstattung einer Summe, die er einem Bauer aus der Umgegend von Paris durch verlockende Beschreibungen von den Herrlichkeiten Italiens, abgeloct hatte, und dabei auch zur Bezahlung der Prozeßkosten verurtheilt worden.

Man hat eine geheime Fabrik von Champagner entdeckt; die Erzeugnisse dieser Fabrik sollen aus schädlichen Substanzen bereitet worden sein.

Italien.

Rom, 30. September. Einige auf der Engelsburg befindliche, unbrauchbar gewordene Kanonen sollen in Glocken umgeschmolzen werden um mit solchen die Kirchen zu versehen, welche die ibrigen zur Umschmelzung in Kanonen hatten hergeben müssen.

Livorno, 29. September. Gestern langte hier der Befehl aus Florenz an, die Theater zu schließen. Die Stadt ist vollkommen ruhig; weshalb dieser Befehl mit großem Befremden aufgenommen wurde. — Die Aufhebung des hiesigen Belagerungszustandes wird auf den 4. Oktober in Aussicht gestellt.

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 9. Oktober. Das Gewitter, welches am 4. d. M. unsere Stadt und Provinz durchzog, hat manchen Schaden angerichtet an Gebäuden und auf den Feldern; in manchen Gegenden fiel der Hagel in der Größe von Hühnereiern; die Leute, welche sich unterwegs befanden, mußten sich platt auf die Erde legen, um der Wuth der Elemente zu entgehen; auf den Landstraßen gingen Pferde durch, auch andres draußen befindliches Vieh litt Schaden. An dem Bahnhofgebäude zu Tantow wurden 56

Deutschland.

Berlin, 6. Oktober. Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte ist Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen, unter Beibehaltung des Ober-Befehls über das Truppen-Corps in Baden, Hohenzollern und Frankfurt a. M., zum Militair-Gouverneur der Rhein-Provinz und der Provinz Westphalen ernannt, Frhrn. Roth von Schreckenstein, General-Lieutenant zur Disposition, das Kommando des Armee-Corps in Baden, Hohenzollern und Frankfurt a. M. übertragen, Brunsig Edler von Brun, General-Major und Commandeur der 16ten, zum Commandeur der 15ten Infanterie-Brigade und Führer der 1sten Division des Armee-Corps in Baden, von Willisen, General-Major und Commandeur der 13ten, zum Commandeur der 8ten Kavallerie-Brigade, von Webern, General-Major und Commandeur der 6ten Landwehr-Brigade, zum Commandeur der 6ten Infanterie-Brigade und Führer der 2ten Division, von Cölln, General-Major und Commandeur der 7ten Landwehr-Brigade, zum Commandeur der 7ten Infanterie-Brigade und Führer der 3ten Division, von Scholten, Major von der 8ten Artillerie-Brigade, zum Commandeur der Artillerie des Armee-Corps in Baden ernannt, von Koch, General-Major und Commandeur der 2ten Landwehr-Brigade, das Commando des Truppen-Detachements in und bei Frankfurt a. M. übertragen, von Schack, General-Major, scheidet aus dem Verhältniß als Commandeur der 8ten Infanterie-Brigade aus und wird zur Disposition Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen gestellt, von Hirschfeld, General-Lieutenant und Commandeur der 15ten Division, die Wahrnehmung der Geschäfte des General-Kommandos des 8ten Armee-Corps wieder übertragen, von Holleben, General-Lieutenant, tritt in das Verhältniß als Commandeur der 15ten Division zurück, May, General-Major, als Commandeur von der 6ten Infanterie-Brigade, v. Münchow, General-Major, als Commandeur von der 7ten Infanterie-Brigade, v. Diezelski, General-Major, als Commandeur von der 13ten Kavallerie-Brigade, v. Erana, als Commandeur von der 8ten zur 6ten Kavallerie-Brigade, v. Crana, Hauptmann vom 34sten Infanterie-Regiment, als Major zum 37sten Infanterie-Regiment, von Schanderhase, Hauptmann vom Garde-Reserve-Infanterie-Regiment, als Major ins 14te Infanterie-Regiment versetzt, Graf zu Solms-Laubach, Oberst und Flügel-Adjutant, mit Beibehaltung seines Verhältnisses als Flügel-Adjutant, zum Commandeur der 13ten Kavallerie-Brigade, von Diezelski, Hauptmann vom 3ten Infanterie-Regiment, zum Major und Commandeur des 1sten Bataillons 1sten Landwehr-Regiments ernannt, von Grabow, General-Lieutenant, die einstweilige Wahrnehmung der Funktionen des kommandirenden Generals des 2ten Armee-Corps übertragen und von der 2ten zur 3ten Division, dagegen von Stülpnagel, General-Lieutenant, von der 3ten zur 2ten Division als Commandeur versetzt worden. Ferner ist von Dresler, Rittmeister vom 1sten Dragoner-Regiment, als Major mit der Regiments-Uniform und Pension, Gouverneur, Major und Platzmajor in Königsberg, als Oberst-Lieutenant mit der Armee-Uniform mit den vorchriftsmäßigen Abzeichen für Verabschiedete und Pension der Abschied bewilligt worden.

Berlin, 7. Oktober. Dem Minister v. Bodelschwingh als preussischen Bevollmächtigten beim Verwaltungsrathe ist gestern Abend von unserer Regierung die Weisung zugegangen, sofort Anträge auf Vorbereitung zur Einberufung des Reichstags zu stellen. (D. R.)

— Gestern, den 6ten, Morgens um 6 Uhr, überraschten die Sänger der hiesigen Regimenter und das Musikkorps des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments den kommandirenden General v. Wrangel in seinem Hotel am Pariser Platz mit einem großartigen Ständchen, und trugen dabei unter Anderm auch einen Gesang, betitelt „Vater Wrangel“ vor, wofür der Gefeierthe den Sängern und dem Musikkorps in herzlichen Worten dankte. (D. Ref.)

— Nach Versicherung renommirter Künstler und Geschäftsleute hebt sich hier das Leben in der Kunst so wie im merkantilschen Fache täglich immer mehr, und soll bereits höher, als vor dem 18. März 1848 stehen. (D. Ref.)

— In Folge der Städteordnung vom 19. November 1808 ist die Gerichtsbarkeit der Städte auf den Staat übertragen. Hierbei ist hinsichtlich der Nutzungen und Lasten dieser Gerichtsbarkeit im Wesentlichen bestimmt, daß der Staat die Sporteln beziehen und die Unterhaltung der Gerichtsbehörden übernehmen; alle andere Nutzungen und Lasten aber den Städten verbleiben sollten. Nach jetzigem Verhältnisse werden im Allgemeinen die Nutzungen von den Lasten erheblich überwiegen. Ueber die Verordnung vom 2. Januar 1849 ist auch die übrige Privatgerichtsbarkeit aufgehoben. Hierbei sind aber in dem §. 2. und 3. der Verordnung nicht bloß — wie früher bei den Städten — einige, sondern alle Nutzungen und Lasten dieser durch die Verordnung aufgehobenen Gerichtsbarkeit auf den Staat übertragen, und es ist den bisherigen Inhabern derselben nur hinsichtlich der Geschäfts-Utensilien und Lokalen eine geringe Verpflichtung verblieben. Hinsichts der Städte hingegen ist ausdrücklich im §. 8. der Verordnung bestimmt, daß es bei dem bisherigen Verhältnisse derselben, bis zu einer anderweitigen Regulirung verbleiben solle. Hiergegen geht ein Antrag des Abg. Rube in der zweiten Kammer, wonach die Nutzungen und Lasten der Gerichtsbarkeit der Städte, welche sie bisher noch zu beziehen und zu tragen gehabt haben, nach Maßgabe der §§. 2. und 3. der Verordnung vom 2. Januar 1849, vollständig auf den Staat übergehen sollen. Er verlangt diesen Erlaß zur Herstellung der Rechtsgleichheit. Die vorbereitende Justiz-Kommission der zweiten Kammer war indeß der Ansicht, daß dieser Antrag der generellen Revision der Verordnung vom 2. Januar vorbehalten bleiben müsse und beantragte daher motivirte Tagesordnung. (D. Ref.)

— Wie man hört, hat vorgestern Abend eine Sitzung des deutschen Verwaltungsraths in Betreff des von Preußen gestellten bestimmten Antrags wegen baldiger Ausschreibung der Wahlen zum Reichstag stattgefunden. Das Ergebnis dieser Sitzung ist indeß noch nicht be-

kannt geworden. Man besorgt, daß Hannover und Sachsen der baldigen Ausschreibung der Wahlen großen Widerstand werden geleistet haben. Möge das Ergebnis der gestrigen Sitzung übrigens sein, welches es wolle, so viel kann aus guter Quelle mitgetheilt werden, daß das preussische Cabinet fest entschlossen ist, die Wahlen zum Reichstag vornehmen zu lassen, und die dem Bündniß treu bleibenden Staaten zu gleichem Schritt zu veranlassen, auch in dem Fall, daß Hannover und Sachsen sich zur Ausschreibung der Wahlen für den Reichstag nicht bestimmen lassen und in beharrlichem Widerstand in dieser Beziehung verbleiben sollten. Preußen will dem allgemeinen Drängen und Verlangen nach endlichem thätigstem Handeln Befriedigung gewähren. (Woff. 3.)

— In Folge der nunmehr stattgehabten Wahl des Herrn Grafen Schwerin zum Präsidenten der zweiten Kammer für die Dauer der ganzen Session, soll in dem Hotel der zweiten Kammer eine Amtswohnung für den Herrn Grafen Schwerin eingerichtet werden. (Woff. 3.)

— Auf der Tribüne der ersten Kammer befand sich gestern der Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg.

— Nach neuen forsältigen Forschungen des Freimüthigen hat Dr. Johann Jakob die vielgeadelten historischen Worte gar nicht gesprochen. Er hat nur gesagt: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie nicht wollen hören die Wahrheit.“ (?)

— Als Herr von Ammon in der ersten Kammer sprach: „Ich rufe Ihnen zu: Discite moniti!“ da fragte ein Nicht-Lateiner auf dem Zuhörerplatz, was das wäre. „Disciten!“ lautete die Antwort, „sind versteinerte Aestern oder Muschelschalen.“ — „Aber wie kommen denn die in die erste Kammer?“ — „Ja, da müssen Sie Den fragen,“ lautete die auf Herrn von Ammon deutende Erklärung.

— In Frankreich fängt die Poesie schon an, sich nach den Fleischtöpfen — der Dame Censur zurückzusehen. Man höre, wie Jules Janin, der Feuilletonist der Feuilletonisten, seine Kritik über ein in Paris aufgeführtes neues Schauspiel schließt, worin der Papst Pius IX. die Heldenrolle spielt. „Die Censur, die Censur!“ ruft Janin aus. „Das ist das große Wort, das oberste Gesetz, das allein die dramatische Kunst zu retten vermag, wenn sie überhaupt noch zu retten ist.“ — So etwas muß einem großen französischen Journale nach der Februar-Revolution passieren. (N. Fr. 3.)

— Die Deutsche Allgemeine theilt mit, daß der Sultan dem Papst ein Glückwünschensreiben übersendet und dasselbe mit einem Geldgeschenk von 150,000 Fr. begleitet habe. Der heilige Vater habe dem Isalam als Gegengeschenk nach den neuesten Nachrichten die Herren Bem, Dembinski und 20 andere Polen überwiesen, und also doppelten Vortheil gehabt.

— Die Neue Pr. Ztg. rechtfertigt sich wegen ihres Bettlaken-Formats also: Verschiedene unserer verehrlichen Leser und Leserinnen reklamiren gegen das große Format, weil es nicht recht in Hand- und Nähtisch passen will. Wir bitten zu bedenken, daß wir doch nicht ewig jung bleiben konnten, sondern auch wachsen müssen, und daß wir uns im vorigen Jahre wohl das Recht erkämpft zu haben glauben, uns jetzt groß und breit machen zu dürfen.

Königsberg, 3. Oktober. Von Seiten der Kriminal-Deputation des hiesigen Stadtgerichts wird, wie man aus sicherer Quelle erfährt, in diesen Tagen eine Civil-Citation gegen den Dr. Jakoby erlassen, in welcher derselbe zur Voruntersuchung wegen der gegen ihn auf Hochverrath eingeleiteten Anklage auf Grund des §. 75 der Verordnung vom 3. Januar c. vor dem Obergerichts-Asseffor Meier auf den 5. April 1850 geladen wird.

In der Marienwerder Weichsel-Niederung cirkulirt eine Witschrift an die Kammern, welche beantragt: 1) die Habeas-Corpus-Akte aufzuheben; 2) die Diebe, besonders die Pferde- und Viehdiebe aufs strengste bestrafen zu lassen; 3) ein Gesetz zu erlassen, daß jeder Pferdehändler das Pferd dem Bestohlenen unentgeltlich herausgeben muß, ohne Rücksicht auf den redlichen Erwerb; 4) das Gefinde mit harten Strafen zu bedrohen, allenfalls dasselbe in zwei Klassen theilen und die Ehrlosen unter denselben prügeln zu lassen. In wieweit diese Anträge das Maß vernünftiger und zulässiger Beschränkung überschreiten, wird von den Kammern zu erörtern sein, aber gegentheiligen Behauptungen gegenüber kann hier nicht unterlassen werden, von Neuem darauf hinzuweisen, wie es sich immer mehr herausstellt, wie fern die Nationalversammlung in ihrem Thun und Treiben den praktischen Bedürfnissen und dem Rechtsbewußtsein des Volkes stand, das sie zu vertreten vorzugsweise präbendirte. Die Motivirung der angeführten Anträge ist, wie sich nach diesem selbst voraussetzen läßt, nicht frei von manchen vorgeschalteten Meinungen, aber sie zeigt doch unzweifelhaft die großen Beschwerden, welche schon die dürftige gesetzgeberische Thätigkeit der National-Versammlung dem Volke brachten.

— In voriger Woche, am 26. September, wurde durch ein englisches Schiff zwischen Hela und Rixhöft ein Mann aufgenommen, welcher bei dem Uebersegen von Rixhöft nach Pillan in die See hinaus verschlagen war, und seit drei Tagen in offener See trieb. Hunger und Angst hatten ihn vollständig erschöpft. Durch gute Verpflegung wurde er bald hergestellt und gelangte durch ein anderes englisches Schiff noch an demselben Abend nach Danzig.

— Am 27. September haben die Affisen in Lyck begonnen und ist dabei zuerst in einem politischen Prozesse das Schuldig ausgesprochen. Der Lehrer Babil wurde für „schuldig erklärt unter mildernden Umständen, die Ehrfurcht gegen den König verletzt zu haben“ und in Folge dessen zu zweimonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt.

Cottbus, 5. Oktober. Heute rückte das Cottbuser Garde-Landwehr-Bataillon hier wieder ein, und wurde von dem Magistrat, den Stadtrathsrathen und der Schützengilde feierlich eingeholt. (Woff. 3tg.)

Von der äußersten Küste der Nordfriesen, 26. September. Zwei Zollkreuzer haben jetzt von der dänischen Regierung Befehl erhalten, ihre Stationen in der Nähe Amrums wieder einzunehmen, und außerdem

der Befehlshaber des einen 4 Leute zu heuern für einen dritten Kreuzer, der vor der Eider aufpassen soll. Der Controllleur auf Amram klärt die Schiffe jetzt nur in dänischer Sprache aus und verlangt sogar von dem dortigen Auster-Commissionair, ihm seine Listen auf Dänisch auszufertigt zuzuschicken.

Schweiz.

Genf, 29. September. Polybius behauptet, daß aus der Uebertreibung der Demokratie sich naturgemäß ein Tyrann erhebe. Wer daran zweifelt, komme nach Genf. Hier besteht ein sonderbarer Rath, welcher im Stande wäre, ein Pferd zum Consul zu wählen. Nur müßte es nicht Cagliula's Pferd sein, sondern das des Herrn Jazy. Daß die schönen Festungswerke demolirt werden, mag sich durch das bekannte Urtheil Jomini's entschuldigen; aber mit welchem Gewissen können die Landesväter beschließen, alle Privatstiftungen in das Faß der Danaiden, in Herrn Jazy's Staats-Schatz zu schütten? Vielleicht, weil dasselbe neulich in Neuenburg geschah, selbst mit der Wittwenkasse der Geistlichen, welche dieselben, jeder aus der Hälfte seines ersten Jahrgeltes, zusammengeschoffen. — Zu den in Genf confiszirten Stiftungen gehört auch eine aus der Zeit Calvin's, von auswärtigen, namentlich französischen, Protestanten einem Comité zu Genf übergeben und zur Unterstützung französischer Studenten der Theologie an der dortigen Akademie. Der Bestand dieser bourse française soll sehr bedeutend sein, mußte aber bisher bei einem theuern Eide verschwiegen werden. Die angeordnete Exekution wird das nun schon ins Klare bringen. Durch das Ausbleiben dieser Stipendiaten bekommt die Akademie de Genève einen sanftern Stoß, nachdem sie neulich einen harten bekommen durch die General-Absetzung der Professoren. Eine razzia académique gehört nämlich zum Programm jener Schweizerischen Revolution und wurde seit 45 in Genf, Lausanne und Neuchâtel vorgenommen, wobei denn z. B. Vinet einem Commissär von Ledru-Rollin (Marie-Lafont) weichen mußte. Von den Abgesetzten haben seither Guyot und Agassiz sich in Amerika einen Namen gemacht, Porchat und Chastel Preis-Fragen der Akademie von Paris mit Erfolg gelöst. (N. P. 3.)

West-Indien.

Port au Prince, 27. August. Also wir leben jetzt unter einem Kaiser, unter einem schwarzen Napoleon, welcher nach glücklicher Besitzung eifersüchtiger Generale durch Pulver und Blei den Präsidentenstuhl in einen Thron zu verwandeln wußte. Die Armee und die „Stimme der Nation“ spielen bei dieser Umwälzung ihre Rolle; die gesetzgebende Körperschaft hat willfährig die Usurpation sanktionirt. Unter dem Ausrufe „Freiheit und Gleichheit“ und unter der Ueberschrift „Republik Haiti“ er-

schien gestern das Dekret beider Kammern, welches in Erwägung des Wunsches der Mehrzahl der Bürger und der Offiziere dem General Soulouque als Lohn für seine ausgezeichneten Dienste den Kaisertitel überträgt, und Verfassungsänderungen, wie diese neue Würde sie nothwendig macht, in Aussicht stellt. Derselben Tages verfügte sich eine Deputation des Senats zu General Soulouque und überreichte ihm folgende Adresse:

„Präsident, — der Senat hat heute in feierlicher Sitzung das Gesetz votirt, welches Ihnen die Kaiservürde überträgt, zur Belohnung für die ausgezeichneten Dienste, die Sie dem Lande geleistet haben. Indem der Senat sich in solcher Weise dem Wunsche des Volkes und der Armee anschließt, hat er Ihrem Patriotismus eine glänzende Huldigung dargebracht. Möge Ihr hohes Pflichtgefühl und Ihre tiefe Vaterlandsliebe auch in der neuen Ära Sie leiten, welche sich für das Land eröffnet! Unter ihren Auspizien wird es Ihnen gelingen, die Zukunft der Nation mehr und mehr zu befestigen. Das Land hegt diese schmeicheleiche Hoffnung, und der Senat, glücklich, dem Volkswunsche zum Organ zu dienen, bittet Sie, den Ausdruck seiner tiefsten Ehrerbietung zu genehmigen.“

General Soulouque griff mit beiden Händen zu und erließ augenblicklich folgende Proklamation:

„Kaiserreich Haiti.

Freiheit — Gleichheit! —

St. Austin Soulouque, Kaiser von Haiti.

Haitianer! — Als getreue Organe der Nation, haben die Repräsentantenkammer und der Senat mir durch ein freiwilliges Votum die Kaiservürde übertragen. Sklave des Vaterlandes, welches mir seine Geschichte anvertraut hat, zu jedem Opfer bereit, welches sein Glück und sein Ruhm fordern könnten, mußte ich ohne Zögern, aber mit dem Gefühle tiefer Hingebung, die mir auferlegte neue Bürde hinnehmen. Voll Vertrauen zu dem höchsten Schiedsrichter, der bei zwei feierlichen Gelegenheiten mir seine wohlwollende Fürsorge bewiesen hat, hege ich die glückliche Hoffnung, Eurer Erwartung würdig entsprechen zu können, indem ich alle Bürgschaften der bürgerlichen Rechte aufrecht erhalte, indem ich Ordnung und Frieden im Reiche wahre, indem ich Freiheit und Gleichheit und die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Unverletzlichkeit und Untheilbarkeit seines Gebietes wahre. Haitianer, bei dem Beginne einer neuen Ära, reichen wir uns alle die Hand auf dem Altare des Vaterlandes! Es lebe Freiheit und Gleichheit! Es lebe die Eintracht! Es lebe die Unabhängigkeit! Es lebe das eine, untheilbare haitianische Kaiserreich! — Gegeben im kaiserlichen Palaste, Port-au-Prince, am 28. August 1848, im 46. Jahre der Unabhängigkeit, Unseres Reiches im ersten.

Soulouque.“

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Am 18ten Juni d. J. sind dem Dr. Wischmann aus der Küche seiner Wohnung, Kupferstraße No. 1, welche nicht verschlossen gewesen ist, 5 silberne Theelöffel entwendet worden. Der Verdacht fällt auf einen Burken, der jedoch noch nicht hat ermittelt werden können. Es werden daher alle diejenigen, welche über den Diebstahl und über den Verbleib des gestohlenen Gutes Auskunft zu geben im Stande sind, aufgefordert, sich zu ihrer Vernehmung über ihre Wissenschaft vor dem Untersuchungsrichter, D.-L.-G.-Referendar Wischmann, in der Kaskade am 10ten Oktober d. J., Nachmittags 4 Uhr, einzufinden oder dem unterzeichneten Gerichte schriftlich anzuzeigen. Kosten entstehen dadurch nicht. Vor dem Ankauf der gestohlenen Theelöffel wird gewarnt. Stettin, den 11ten August 1849. Königl. Kreisgericht. Abtheilung für Strafsachen.

Gerichtliche Vorladungen.

Proclama.

Wenn der Kauf- und Actmann S. Kuhbe hier selbst seine Insolvenz angezeigt und ein Arrangement seiner Debitverhältnisse nachgesucht hat, diesem Antrage auch, unter Sisirung der Particular-Klagen und Anordnung einer cura honorum deferirt worden ist, so werden zur Konstatirung des Schuldenstandes alle und jede, welche an den Kaufmann S. Kuhbe oder dessen Vermögen aus irgend einem rechtlichen Grunde Forderungen oder Ansprüche haben oder zu haben vermeinen mögten, hiermit geladen, solche in einem der auf den 30ten d. Mts., 13ten und 27ten kft. Mts., jedesmal Vormittags 10 Uhr,

angesezten Termine gehörig anzumelden und zu verifiziren, bei Vermeidung der in dem letzten Termin, den 27ten künft. Mts., zu erkennenden Präklusion.

Auswärtige Creditoren werden zugleich aufgefordert, hiesige Bevollmächtigte zu den Acten zu bestellen, bei der Verwarnung, daß sie sonst zu den in dieser Debitsache vorkommenden allgemeinen Verhandlungen nicht werden zugezogen, vielmehr sie an die Beschlüsse der hier anwesenden oder vertretenen Creditoren werden gebunden werden.

Hierneben werden aber auch Creditores noch besonders geladen, in dem auf den 30ten huj., Vormittags 10 Uhr, angesezten Termine zur Verhandlung wegen der Vervollständigung oder Abänderung der angeordneten provisorischen Maßregeln, wegen Disposition über die Massen-Objecte, wegen Bestellung eines gemeinen Anwaltes und wegen sonstiger die Behandlung dieses Debitwesens betreffenden Bestimmungen sich einzufinden, bei dem Nachtheile, daß dem ordnungsmäßig gefassten Beschlüsse der Mehrzahl der erscheinenden Gläubiger überall werde nachgegangen werden.

Greifswald, den 2ten Oktober 1849. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung. (L. S.) Dr. Tesmann.

Subhastationen.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königl. Kreisgerichte zu Stettin soll das sub No. 1055 am Krautmarkt daselbst belegene, zum Nachlaß der Gastwirth Wilhelm Streblow'schen Eheleute gehörige, auf 8200 Thlr. abgeschätzte Grund-

stück, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, am 10ten November c.

an ordentlicher Gerichtsstelle hierelbst theilungshalber subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion mit ihren Ansprüchen an das Grundstück spätestens in diesem Termine zu melden.

Auktionen.

Auktion am 12ten Oktober c., Vormittags 9 Uhr, Veltzerstraße No. 660, über: Stuh- und Wand-Uhren, Kupferstiche, Feuermaschinen, Metallfachen, Leinwand, Vieleselber Leinwand, damasines und feines leinenes Tischzeug, viele Betten, Kleidungsstücke u. dgl. m.; um 11 1/2 Uhr: eine neue Hauspräge, ein Landrecht u. dgl. m. Meisler.

Verpachtungen.

Gärten-Verpachtung.

Am 18ten d. M., Vormittags um 11 Uhr, sollen im Rathssaale die Gärten in den Anlagen vor dem Königsthor anderweitig auf die 6 Jahre 1850 bis 1856 meistbietend verpachtet werden. Stettin, den 8ten Oktober 1849. Die Oekonomie-Deputation des Magistrats.

Vermietungen.

Im Speicher No. 52 steht ein geräumiges Comtoir zur Vermietung frei. Auch wird daselbst eine große Remise zum 1ten Novbr. miethsfrei. Meisler.

Anzeigen vermischten Inhalts.



Das Dampfschiff Königsberg

wird am 10. d. Mts., früh 6 Uhr, mit Passagieren und Gütern von hier nach Königsberg expedirt. Anmeldungen bei

Hermann Schulze am Dampfschiffs-Vollwerk.

Die Eröffnung meines Tuch- und Wollenwaaren-Geschäfts nebst Lager von Herren-Garderobe-Artikeln am heutigen Tage, erlaube ich mir einem geehrten Publikum hiermit ergebenst anzuzeigen. Stettin, im Oktober 1849. T. Rolfsen, Deumarkt No. 136.

Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin.

Wir wiederholen hierdurch die Empfehlung unserer Gesellschaft zu Feuer-Versicherungen, versichern, daß wir durch unsern Fond und die billigen, keiner solchen Societät nachzubezahlenden Prämien jede Gewähr leisten, und machen zugleich bekannt, daß in der Provinz Pommern und der Nachbarschaft bis jetzt die Agenturen unserer Gesellschaft

in Anklam	dem Herrn C. W. von Stade,
Arnsvalde	Lehrer A. J. Schulz,
Belgard	Kammerer W. Schwan,
Barth	C. M. Jacobs,
Bärwalde	J. G. Fr. Kaste,
Bublitz	Actuar A. W. Dumdöse,
Cammin	W. John,
Cöslin	Wilhelm Segeler,
Colberg	C. Dammast,
Cörlin	G. Pommerenig,
Demmin	Aug. Brunner,
Dramburg	Lehrer A. Kanig,
Garz a. D.	Wm. Wundermann,
Greifswald	Wm. Pütter,
Greifenberg i. P.	Vermessungs-Revisor J. G. Bieret,
Grimmen	C. J. Radant,
Gollnow	Lehrer G. Müller,
Greifenhagen	Rebent Bencke,
Lauenburg	Herm. Leber,
Loitz	J. C. Schmidt,
Labs	J. G. Leigow,
Neustettin	Stadtsekretär J. Wille,
Prenzlau	S. R. Krauthelm,
Pasewalk	Kirchen-Administrator Gängel,
Pyritz	C. J. Schreiber,
Plathe	Kammerer Reich,
Poltzin	Buchdr. Ed. Ludwig,
Rügenwalde	A. B. Riensberg,
Schwedt a. D.	Heinrich & Schulz,
Schlawa	Kammerer Heberlein,
Schießelbein	Domainen-Reintmeister Schmidt,
Stargard	Marcus Abel,
Stolp	Comm.-Rath Grunau,
Stralsund	Theodor Wegener,
Swinemünde	Megler & Wintzer,
Treptow a. d. R.	Gebäude-Penning,
Treptow a. d. E.	Stadtsekretär Warnde,
Tempelburg	Kammerer Grüßmacher,
Uckermünde	C. S. Overbeck,
Woldenberg	H. Roloff,
Wolgast	Carl Roedel,

übertragen wurden, bei welchen, so wie in unserm Bureau, gr. Dersstraße No. 8, Antrags-Formulare und jede Auskunft zu erhalten sind. Stettin, im Oktober 1849.

Die Direction der Preussischen National-Versicherungs-Gesellschaft. Lemonius. Noehmer.

Geldverkehr.

10,000 Thlr., 5000 Thlr., 4000 Thlr. und 2000 Thlr. sind gegen sichere Hypotheken auszuleihen. L. J. Pahn, Schulzenstraße No. 172.